



An die Damen und Herren  
Mitglieder des Europäischen Parlaments

Berlin, den 6. November 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits im Januar 2006 legte Michel Barnier seinen Bericht über die Reaktionsfähigkeit der EU auf Katastrophen vor. Später wurde dann u.a. der Vorschlag zur Errichtung einer Katastrophenschutztruppe vorgelegt. Eingesetzt werden soll diese Katastrophenschutztruppe bei aller Art von Katastrophen und größeren Unglücken (Tsunami, Terror, Waldbrand usw.). Finanziell soll sich die Truppe mit aus dem Solidaritätsfond der EU finanzieren. Die Kosten für die Einsätze sollen in der Regel die jeweils anfordernden Mitgliedsstaaten tragen.

Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) favorisiert zunächst deutlich die **nationale Verantwortung der EU-Mitgliedsmitgliedsstaaten**. Es kann keine Ersatzvornahme der Gemeinschaft für ureigenste Aufgaben der Mitgliedsstaaten geben. Deshalb **lehnen wir auch die ständige Vorhaltung einer EU-Katastrophenschutz-Truppe** ab. Regionale und bilaterale Hilfe bleiben von diesem Grundsatz selbstverständlich unberührt. In diesem Zusammenhang sei auch auf die **zwischenstaatlichen Abkommen** Deutschlands über die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen mit den Nachbarstaaten hingewiesen. Eine Übersicht hierzu finden Sie im angehängten Dokument.

Zunächst sollte vielmehr in nationaler Verantwortung durch eine Art Basissystem ein flächendeckender Grundschutz geschaffen werden. Erst auf einer solchen Grundlage ist eine zusätzliche, ggf. modular strukturierte solidarische Hilfe der Gemeinschaft sinnvoll.

**Bundesgeschäftsstelle**  
Reinhardtstraße 25  
10117 Berlin  
*Telefon*  
(0 30) 28 88 48 8-00  
*Telefax*  
(0 30) 28 88 48 8-09  
*E-Mail*  
info@dfv.org  
*Internet*  
www.dfv.org

**Präsident**  
Hans-Peter Kröger

Nach den verheerenden Waldbränden im Jahr 2007 unterstützt Deutschland hier insbesondere Griechenland aktiv und umfassend im Aufbau eines flächendeckenden Systems der Freiwilligen Feuerwehren. Darüber hinaus findet ein Erfahrungsaustausch mit anderen Staaten statt.

Der DFV trägt ausdrücklich das mit der Entscheidung 2001/792/EG, Euratom des Rates geschaffene **Gemeinschaftsverfahren** für den Katastrophenschutz mit. Dieses umfasst eine Datenbank der Katastrophenschutzressourcen der Mitgliedstaaten, ein täglich rund um die Uhr besetztes Beobachtungs- und Informationszentrum und ein gemeinsames Kommunikations- und Informationssystem für Notfälle, das eine schnelle Verbreitung und Bündelung der angeforderten und der angebotenen Hilfe ermöglicht. Hierbei muss allerdings der verfolgte Gedanke, nämlich das **Monitoring Information Center (MIC) mit operativen Aufgaben** zu beauftragen **kritisch** gesehen werden.

Der Deutsche Feuerwehrverband und die deutschen Bundesländer sehen zwar durchaus eine gewisse Notwendigkeit der stärkeren Koordinierung der EU im Bereich des Katastrophenschutzes, allerdings **ohne Verlagerung operativer Aufgaben von der Mitgliedstaatenebene auf die EU-Ebene**. Insbesondere die Forderung nach EU-eigenen Reserveeinheiten würde letztlich die Ersetzung nationaler Verantwortlichkeiten bedeuten und in den Mitgliedsstaaten einen kontraproduktiven Prozess im Hinblick auf die erforderlichen eigenen Anstrengungen auslösen. Zudem ist es äußerst fraglich, ob eine zentrale Stationierung derartiger Einheiten aus operativ-taktischem Blickwinkel Sinn macht, da u. U. Transporte mit entsprechendem Zeitverlust erforderlich wären.

Dementsprechend sollte auch das MIC mit Blick auf die Aufgaben im Zusammenhang mit der im Aufbau befindlichen Modulkomponente zwar personell und materiell gestärkt, darüber hinaus aber keineswegs zu einem klassischen Einsatzzentrum fortentwickelt werden, da einsatzleitende Befugnisse den entsendenden Mitgliedstaaten obliegen.

Diese Position ist bei einem Expertengespräch am 15. Juli 2008 zum Thema *Brand- und Katastrophenschutz in Europa* des DFV gemeinsam mit der Landesvertretung Hessen auf breite Zustimmung gestoßen. Der Erfolg hat uns

ermutigt ein weiteres Gespräch im ersten Halbjahr 2009 auf internationaler Ebene anzugehen und damit deutsche und internationale Interessen noch stärker zu bündeln.

Frankreich favorisiert und drängt derzeit auf die Institutionalisierung eines **Ausbildungsnetzwerks** im Katastrophenschutzsektor. Obwohl die Akzeptanz in den Mitgliedsstaaten eher ablehnend ist, sehen wir diese Initiative einer europaweiten **Vernetzung der vorhandenen Exzellenzzentren** der Mitgliedstaaten vom Grundsatz her sehr **positiv**. Wir halten es allerdings für angezeigt, einen entsprechenden Evaluierungsbericht abzuwarten, bevor der in der Mitteilung unterbreitete Vorschlag zu einem europäischen Ausbildungsnetz in Angriff genommen wird.

Selbstverständlich stehen wir für Ihre weiteren Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Peter Kröger  
Präsident



Ralf Ackermann  
Vizepräsident